



Presseschau vom 03.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Brexit nach vier Jahren Hin und Her: Kommt nun der Schexit?**

In der Silvesternacht hat Großbritannien offiziell die EU verlassen – nach vier Jahren politischer Turbulenzen und zäher Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zur EU nach dem Brexit-Referendum. Was bringt dies den Briten – und was ihren Nachbarn? ...

<https://kurz.rt.com/2dv6>

Maria Müller: OAS-Generalsekretär – ein Putsch-Unterstützer? Mercosur-Parlament will Untersuchung einleiten

Welche Rolle spielte der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beim Putsch gegen die bolivianische Regierung im November 2019? Dieser Frage will nun das Parlament der Mercosur-Staaten nachgehen und dazu auch OAS-Chef Luis Almagro befragen. ...

<https://kurz.rt.com/2dtj>

abends/nachts:

snanews.de: **Argentinien vermeldet gute Verträglichkeit bei Geimpften mit „Sputnik V“**
Nur bei einem Prozent der mit dem russischen Impfstoff „Sputnik V“ geimpften Argentinier sollen leichte Nebenwirkungen aufgetreten sein. Dies berichtet der argentinische TV-Sender

„TN“ unter Berufung auf das Gesundheitsministerium des Landes.

Die Impfungen mit dem russischen Impfstoff hatten in Argentinien in der vergangenen Woche begonnen. Bislang sind dem Bericht zufolge 32.013 Menschen geimpft worden. 317 von ihnen hätten über Fieber und Kopfschmerzen geklagt. Insgesamt verfügt Argentinien über 300.000 Dosen des russischen Impfstoffs.

„Sputnik V“

Das russische Gesundheitsministerium hatte im August den weltweit ersten Impfstoff zur Prävention der Covid-19-Erkrankung registriert, der vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau gemeinsam mit dem Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) entwickelt worden war. Der Impfstoff besteht aus zwei Komponenten, die in dreiwöchigem Abstand verabreicht werden.

Die klinischen Tests des Serums gegen Sars-CoV-2 hatten am 7. September in Moskau begonnen. Zwei Tage danach wurden die ersten Probanden geimpft. Insgesamt 40.000 Freiwillige nahmen an der Erprobung teil. 10.000 von ihnen sollen ein Placebo bekommen haben.

Derzeit erfolgen die klinischen Tests von „Sputnik V“ nicht nur in Russland, sondern auch in Weißrussland, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie in Indien und Brasilien.

Die Wirksamkeit des Impfstoffs „Sputnik V“ belief sich nach der zweiten Zwischendatenanalyse am 28. Tag nach der Verabreichung der ersten Immunisierung an Freiwillige auf 91,4 Prozent. 42 Tage nach der ersten Dosis des Impfstoffs betrug die Wirksamkeit mehr als 95 Prozent.

lug-info.com: Die Reparaturarbeiten am Heizungssystem in Altschewsk wurden am 1. Januar 2021 abgeschlossen. Alle 386 Häuser, bei denen die Heizung am 27.12. ausgefallen war, werden wieder beheizt.

snews.de: **Krieg mit Angriffen auf US-Streitkräfte entfesseln? Iran warnt vor Provokation Israels**

Israel bereite Angriffe gegen US-Streitkräfte im Irak vor und beabsichtige somit einen Krieg zu provozieren. Davor warnte der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif auf seinem Twitter-Account.

„Neue Geheimdienstinformationen aus dem Irak deuten darauf hin, dass als Provokateure fungierende israelische Agenten Angriffe gegen Amerikaner planen - indem sie den scheidenden (Präsident Donald – Anm.d.Red.) Trump mit einem gefälschten Casus Belli (formaler Grund für die Kriegserklärung) in eine schwierige Situation bringen“, schrieb Sarif. Zuvor am Samstag berichtete der US-Sender CNN unter Berufung auf eine mit US-Geheimdiensten vertraute Quelle, dass der Iran die Kampfbereitschaft eines Teils seiner Seestreitkräfte im Persischen Golf in den letzten 48 Stunden erhöht habe.

Am 3. Januar ist der erste Jahrestag der Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani im Irak durch US-Drohnen. Die USA befürchten einen iranischen Racheakt und haben daher ihre militärische Präsenz am Persischen Golf verstärkt. Der Iran will nach Angaben von Präsident Hassan Rohani die Tötung Soleimanis zwar weiterhin rächen, mit konkreten Drohungen zum Jahrestag hält sich Rohani jedoch zurück.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/356814_0:0:2996:1686_1440x0_80_0_0_52c4c1fef6937c6acd27441a77db345f.jpg

snaneews.de: **Mexiko: Ärztin muss auf Intensivstation nach Biontech/Pfizer-Impfung**

Eine 32-jährige Ärztin aus Mexiko ist kurz nach einer Injektion mit dem Corona-Impfstoff von Biontech und Pfizer mit schweren Symptomen in ein Krankenhaus gebracht worden. Dies berichtet Reuters unter Berufung auf das Gesundheitsministerium des Landes.

Etwa 30 Minuten nach der Impfung habe die Frau Krämpfe, Muskelschwäche und Atemnot verspürt sowie Hautausschlag bekommen, heißt es in einer Mitteilung des Gesundheitsministeriums. Sie sei daraufhin auf eine Intensivstation gebracht worden und befinde sich jetzt in einem stabilen Zustand. Die Ursachen der Nebenwirkungen seien zunächst unbekannt. Der Fall werde untersucht.

„Die Erstdiagnose lautet Enzephalomyelitis“, teilte die Behörde mit.

Enzephalomyelitis ist eine Gehirn- und Rückenmarkentzündung, die meist von einer Virusinfektion verursacht wird.

Nach Angaben des Ministeriums waren bei der 32-Jährigen auch zuvor allergische Reaktionen aufgetreten. Im Rahmen der klinischen Studien habe es keine Fälle einer Entzündung des Gehirns nach Injektionen mit Biontech/Pfizer-Impfstoff gegeben, betonte das Gesundheitsministerium.

Die erste Impfrunde für medizinisches Personal hatte in Mexiko am 24. Dezember begonnen. Nach jüngsten Angaben der WHO wurden im Land knapp 1,5 Millionen Coronavirus-Infektionen registriert, mehr als 125.000 Menschen sind an den Folgen einer Corona-Erkrankung gestorben.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/02/370535_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_c10b1c22

[2470458d2df591fa50cab7d0.jpg](https://www.2470458d2df591fa50cab7d0.jpg)

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. Januar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Planung des IWF: Niedrigere Kreditwürdigkeit bei Besuch von bestimmten Internetseiten**

Nach dem Internationalen Währungsfonds soll zukünftig statt Einkommen und Beschäftigungsverhältnis das Online-Verhalten entscheidend sein für die Kreditvergabe: Welche Webseiten werden besucht? Welche Social-Media-Kontakte hat eine Person? Was wurde online gekauft?

Wer zukünftig Internetseiten mit einem "schlechten" Rating besucht, dessen Bonität, also Kreditwürdigkeit soll niedriger eingestuft werden. Diese Planungen gehen aus einem Beitrag von vier Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor. In dem Beitrag wird die Zukunft der Finanztechnologie umrissen. Ein wesentlicher Aspekt ist die Koppelung der Kreditvergabe an Daten von Suchmaschinen, Social Media, Online-Shopping und Mobilkommunikation.

Die Experten – Arnoud Boot, Peter Hoffmann, Luc Laeven und Lev Ratnovski – skizzieren das Potenzial der digitalen Technologien. Bislang sei die Kreditvergabe an "harte" Informationen gebunden, wie etwa Einkommen, Beschäftigungsdauer, Vermögen und Schulden. Diese seien aber in der globalisierten und schnelllebigen Welt in vielen Fällen nicht repräsentativ – etwa bei Freiberuflern in digitalen Branchen. Daher schlagen die IWF-Experten vor, "vielseitige nicht-finanzielle Daten" mit einzubeziehen: "die Art des Browsers und der Hardware, um ins Internet zu kommen, die Chronik der Online-Suche und -Käufe". "Innovationen der Kommunikation werden vorangetrieben von der Vielfalt an digitalen Plattformen im Social Media, der Mobilkommunikation und dem Online-Shopping. Sie haben den Alltag ihrer Konsumenten nachhaltig beeinflusst und gleichzeitig ihren digitalen Fußabdruck verstärkt – und damit die verfügbaren Daten."

Über den Einsatz künstlicher Intelligenz und maschineller Lernprozesse könnten diese "alternativen Daten" von der Finanzbranche genutzt werden. Dieses Vorgehen biete vielerlei Vorteile und könne eine "finanzielle Inklusion" darstellen für Personen, die nach den bisherigen "harten" Standards nur schwer an einen Kredit gekommen sind – etwa Personen ohne Festanstellung oder Firmen in ländlichen Gegenden.

Als Beispiele werden Unternehmen wie Amazon, Facebook oder Alibaba genannt, sie sich mittlerweile selbst mehr mit dem Finanzsystem verbunden haben. Es sei eine Schnittstelle entstanden, die auch von der Finanzbranche genutzt werden könne. Vor allem gehe es darum, mittels der Finanztechnologie bislang nicht im Banksystem verankerte Personen mit einzubeziehen:

"Das Potenzial der Finanztechnologie, weltweit etwa eine Milliarde bisher nicht im Banksystem verankerte Personen zu erreichen, und die Veränderungen in der Struktur des Finanzsystems, die daraus resultieren, können revolutionär sein."

Die vier IWF-Experten appellieren an die Politik, Finanztechnologien sorgfältig zu unterstützen, dafür politische und rechtliche Rahmenbedingungen anzupassen und somit "an der Spitze" der Innovation zu bleiben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5feb5bec48fbef3ae72cd3a9.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 2. Januar 3:00 Uhr bis 3. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Unterlaufgranatwerfer – einmal (5 Granaten); Schusswaffen – zweimal.

Richtung Mariupol: Scharfschützenwaffen – zweimal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Mineralnoje, Losowoje, Alexandrowka, Schewtschenko.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Mehrere US-Senatoren wollen Bidens Wahlsieg bei Kongresssitzung nicht bestätigen

Wenige Tage vor der endgültigen Bestätigung der Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahl im Kongress haben elf republikanische Senatoren die Absicht bekundet, Joe Bidens Wahlsieg nicht anzuerkennen und Einspruch zu erheben. Das teilte der Fernsehsender CNBC am Samstag (Ortszeit) unter Verweis auf eine gemeinsame Erklärung mit.

Sieben Senatoren, darunter auch Ted Cruz, und vier Senatsmitglieder unterzeichneten die Erklärung. Sie sprachen von angeblichem Wahlbetrug sowie Unregelmäßigkeiten und forderten eine Prüfung der Ergebnisse in mehreren Staaten.

Cruz und seine Mitstreiter sagten am Samstag, sie würden gegen bestimmte Wahlleute stimmen, wenn der Kongress nicht sofort eine Wahlkommission einsetze, die die Betrugsvorwürfe prüfe. Sie konzentrieren sich dabei auf jene Staaten, in denen Trump seine haltlosen Betrugsvorwürfe vorgebracht hat.

Zuvor hatten bereits der republikanische Senator Josh Hawley aus Missouri und mehrere seiner Parteikollegen im Repräsentantenhaus angekündigt, bei der Zertifizierung der

Ergebnisse der Wahlleute Einspruch zu erheben.

Die Initiativen könnten die endgültige Bestätigung von Bidens Sieg zeitlich verzögern.

Aussicht auf Erfolg haben sie allerdings nicht. Der Kongress müsse sofort eine Kommission einsetzen, die in einem Eilverfahren eine Klärung herbeiführen solle.

Für Mittwoch ist eine Verlesung der offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahl im Kongress geplant.

Trump fordert Republikaner auf, weiter um seinen Wahlsieg zu kämpfen

Ende Dezember hatte der scheidende US-Präsident Donald Trump die Republikanische Partei dazu aufgerufen, weiter um seinen Sieg bei der Präsidentschaftswahl zu kämpfen.

Zudem hatte Trump der Bundespolizei FBI und dem Justizministerium vorgeworfen, in Bezug auf den „größten Betrug in der Geschichte des Landes“ bei der jüngsten Präsidentschaftswahl untätig zu sein.

Wahlmänner bestätigen Bidens Sieg bei US-Präsidentschaftswahl

Am 15. Dezember war der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden bei einer Abstimmung des US-Wahlmännerkollegiums als Sieger der Wahl bestätigt worden. Der Demokrat erreichte mit 306 Stimmen die Mehrheit der 538 Wahlleute.

Die üblicherweise wenig beachtete Formalie des Wahlmännerkollegiums bei der US-Präsidentenwahl erhielt in diesem Jahr eine besondere Bedeutung, weil der amtierende Präsident Donald Trump wiederholt von massiven Fälschungen zugunsten der Demokraten sprach. Es galt allerdings als ausgeschlossen, dass genug Wahlleute mit ihren Vorgaben aus der Wahl brechen würden, um Biden den Sieg zu nehmen.

Trump's Team hatte zuvor Einspruch gegen die Wahlergebnisse in mehreren US-Staaten eingelegt, Gerichte hatten die Klagen jedoch abgewiesen, darunter auch der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten.

Die Amtseinführung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten soll am 20. Januar stattfinden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/03/371274_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_2c482231a1a2e30935c437bacaf1b319.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. Januar um 9:00 2117 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1774 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 180 Todesfälle.

мздр.рус: Am 2. Januar wurden in der DVR 346 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 232 positiv, bei 18 Patienten wurde die Diagnose COVID-19

klinisch gestellt.

Am 3. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 15.568 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4931 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 9240 als gesund entlassen, es gibt 1397 Todesfälle.

nachmittags:

snanews.de: **Über 70 Tote bei verheerendem Anschlag im Niger**

Einen Tag nach dem schweren Anschlag auf zwei Dörfer im westafrikanischen Land Niger ist die Zahl der Todesopfer auf über 70 gestiegen. Das teilte Innenminister Alkache Alhada am Sonntag laut dpa mit. Außerdem gebe es mindestens 20 Verletzte.

Alhada bezeichnete die Angreifer als Dschihadisten. Im Niger und den anderen Ländern dieser Region sind etliche Terrorgruppen aktiv, die Al-Kaida oder dem Islamischen Staat (IS) die Treue geschworen haben.

Die Dörfer Tchombangou und Zaroundareye nahe der Grenze zu Mali waren am Samstag überfallen worden. Laut dem Innenminister handelt es sich um eine Vergeltung für die Ermordung von zwei Kämpfern durch Dorfbewohner. Junge Leute der beiden Dörfer hatten demnach versucht, in dem umkämpften Gebiet eine Selbstverteidigungsgruppe zu bilden. Es wird vermutet, dass die bewaffneten Männer auf Motorrädern aus dem benachbarten Mali gekommen sind. Die nigrischen Behörden verfolgten sie, sagte der Innenminister.

Der Niger ist eins der wichtigsten Transitländer für afrikanische Migranten, die das Mittelmeer erreichen wollen. Zusammen mit Mali, Mauretanien, dem Tschad und Burkina Faso ist der Niger Teil der G5-Sahel-Gruppe, die Terrorgruppen bekämpfen will. Die Regierung hat in den wüstenhaften Weiten außerhalb der Städte wenig Kontrolle, was nicht nur dschihadistische Gruppen, sondern auch kriminelle Netzwerke ausnutzen.

In den vergangenen Jahren hatte Europa Druck auf die nigrische Regierung ausgeübt, den Menschensmuggel einzudämmen. Zudem gilt der Niger als wichtiger Partner der EU im Kampf gegen Terrorismus in der Sahelzone.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/03/373897_0:0:3215:1808_1440x0_80_0_0_b83c03807dc0f16531380c717a60bca2.jpg

snanews.de: **Bundestagsabgeordnete fordern britische Regierung zum Schutz von Assange auf**

Mehrere Bundestagsabgeordnete haben vor der Gerichtsentscheidung über den US-Antrag zur Auslieferung von Wikileaks-Gründer Julian Assange die britische Regierung zum Eingreifen

aufgerufen, eine Auslieferung nicht zuzulassen.

„Sollte die Auslieferung juristisch beschieden werden, fordern wir die britische Regierung zum Schutz vor Verfolgung unliebsamer Journalisten auf, Julian Assange nicht an die USA auszuliefern und eine Überstellung des Wikileaks-Gründers an Washington zu verhindern“, sagten die Mitglieder der Bundestagsarbeitsgemeinschaft „Freiheit für Julian Assange“ am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur. Das Gericht will seine Entscheidung an diesem Montag in London bekannt geben.

„Eine Auslieferung von Julian Assange an die USA, wo ihm kein faires Verfahren und bis zu 175 Jahre Haft drohen, würde dessen Leben gefährden und hätte darüber hinaus Präzedenzcharakter für Journalist*innen und Whistleblower*innen auf der ganzen Welt“, argumentierten Sevim Dagdelen (Linke), Bijan Djir-Sarai (FDP), Frank Heinrich (CDU), Frank Schwabe (SPD) und Margit Stumpp (Grüne).

Dagdelen sagte: „Sollte das Gericht in London tatsächlich eine Auslieferung beschließen, käme dieser Schauprozess, der unter nahezu vollständigem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, zu einem aus menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht hochproblematischen Ende. Selbst wenn die Auslieferung juristisch beschieden würde, kann die britische Regierung diese jedoch stoppen und verhindern, dass der Fall Assange eine Blaupause für die Verfolgung unliebsamer Journalisten wird.“ Die Linken-Politikerin will am Montag zur Urteilsverkündung in dem Londoner Gericht sein.

Die US-Justiz wirft Assange vor, geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht zu haben. Der 49-Jährige habe damit das Leben von US-Informanten in Gefahr gebracht, so der Vorwurf. Seine Unterstützer sehen in ihm hingegen einen investigativen Journalisten, der Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hat. Jahrelang hatte sich Assange einer Festnahme durch die Flucht in die ecuadorianische Botschaft in London entzogen, aktuell sitzt er in einem britischen Gefängnis.

Auch Stella Moris, die Partnerin von Assange, warnte vor einer Überstellung an die USA. „Dort wartet ein schreckliches Vegetieren, eine Art lebenslange Todesstrafe, die Julian nicht lange überleben würde“, sagte die Anwältin dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. „In Amerika würde Julian lebendig begraben.“ Moris und Assange waren während seiner Zeit in der ecuadorianischen Botschaft in London ein Paar geworden, gemeinsam haben sie zwei kleine Söhne.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/03/375824_0:189:2968:1859_1440x0_80_0_0_a1aad004340cb6313e839681f3baa9ea.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 3. Januar 2021

In den 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine weiter den Komplex von

Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt und **sechs Feuerprovokationen** an allen Abschnitten der Kontaktlinie durchgeführt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen das Feuer mit Schusswaffen von den Positionen im Gebiet von Schumy aus auf die **Siedlung des Bergwerks 6-7** in Gorlowka eröffnet.

In **Richtung Donezk** wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt. Kämpfer der 72. und der 28. Brigade der BFU haben mit Schusswaffen **Mineralnoje** bzw. **Alexandrowka** beschossen. Von den Positionen des 23. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade der BFU im Gebiet von Peski aus wurden fünf Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer auf **Losowoje** abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Pawlopol zweimal das Scharfschützenfeuer auf **Schewtschenko** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 36. Brigade das Gebiet von **Sachanka** mit Scharfschützenwaffen beschossen.

Diese Sachverhalte wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK operativ zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern und Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

Wir stellen fest, dass die Unfähigkeit des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die Kontrolle über die ihm unterstellten Einheiten zu gewährleisten und sie zu zwingen, das Regime der Feueereinstellung einzuhalten, zu einer **Destabilisierung der Lage durch die Schuld der ukrainischen Seite** führt.

Der Gegner gefährdet weiter Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner, indem er **Waffen und Technik in Ortschaften** stationiert. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen, der ein Verbot zur Stationierung von Waffen in Ortschaften und deren Umgebung vorsieht, wurden in den letzten 24 Stunden zwei Stück Waffen und Militärtechnik der BFU entdeckt, darunter ein Schützenpanzer und ein 23mm-Abwehrgeschütz SU-23 aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade in Newelskoje.

Es ist ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten der 56. Brigade** festzustellen. So entstand am 1. Januar im Gebiet von Jasinowataja infolge von Alkoholkonsum von Soldaten der 56. Brigade zwischen dem Soldaten Petljakow und dem Soldaten des 23. Bataillons „Chortiza“ Gontscharuk ein Konflikt mit Einsatz von Waffen, in dessen Ergebnis Gontscharuk mit einer Schussverletzung in das militärmedizinische Hospital von Pokrowsk eingeliefert wurde. Aus Furcht, für die Tat zur Verantwortung gezogen zu werden, verließ der Zechgenosse eigenmächtig die Position und floh mit der Waffen. Zurzeit laufen Fahndungsmaßnahmen.

Ursache derartiger Fälle ist nach wie vor das Fehlen einer Kontrolle über das unterstellte Personal von Seiten des Kommandos, für das die Beteiligung in der Zone der Strafoperation weiter eine stabile Einkommensquelle ist. So hat das Personal im 1. Bataillon der 28. Brigade, obwohl es mitten im Winter ist, nach wie vor keine elementaren Heizgeräte, die erfolgreich abgeschrieben und vom Bataillonskommandeur mit seinem Komplizen dem Brigadekommandeur Martschenko verkauft wurden. Da sie ihr Ausgeliefertsein und ihre Nutzlosigkeit begreifen, verlieren die Soldaten vollständig den Glauben an ihre Kommandeure und wenden sich regelmäßig mit Beschwerden an die Militärstaatsanwaltschaft und an die Hotline des Verteidigungsministeriums. Und manchmal nicht ohne Erfolg. Nach Dutzenden von Beschwerden wurde auf den Positionen des Bataillons die Lieferung von Material des Quartierdienstes, einschließlich Öfen und Winterdienstkleidung festgestellt.

Aber dieser Fall ist wohl eher eine Ausnahme als die Regel. Weniger Erfolg hatte das Personal

der 53. Brigade, die im Gebiet von Nowotroizkoje stationiert ist. Mehrfache Beschwerden über das Fehlen der Bedingungen für den Dienst haben zu nichts geführt. Um sich auf den Positionen aufzuwärmen haben die ukrainischen „militärischen Fachleute“ versucht, Anschlüsse an Stromleitungen herzustellen, es gab einen Kurzschluss, in dessen Folge die Stromversorgung ausfiel und 250 zivile Häuser keinen Strom und keine Heizung hatten.

snanews.de: **Israel liefert zweite Einheit von „Iron Dome“-Abwehrsystem an US-Militär**
Israel hat den USA die zweite Einheit des Raketenabwehrsystems Iron Dome zur Verfügung gestellt. Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums soll die Lieferung am vergangenen Wochenende erfolgt sein.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erhielten bereits im September die erste Einheit des Raketenabwehrsystems Iron Dome, das von dem staatlichen Rüstungsunternehmen Rafael Advanced Defense Systems Ltd. zur Abwehr von Kurzstreckenraketen entwickelt wurde. Mit Blick auf die Lieferungen betonte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz, dass die Übergabe der Iron Dome an die US-Armee die enge Beziehung zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Länder demonstriere. Es zeige auch die Wirksamkeit des Raketensystems gegen verschiedene Bedrohungen und die hervorragenden technologischen Fähigkeiten der israelischen Industrie.

Die USA schlossen im August 2019 mit Israel einen Vertrag über den Erwerb von zwei Einheiten des Raketenabwehrsystems Iron Dome, welches an die Bedingungen des US-Militärs angepasst wurde. „Da die Spannungen zwischen den USA, dem Iran und seinen Verbündeten zunehmen, müssen wir unbedingt militärische Fähigkeiten einsetzen, um unser Militär und unsere Zivilisten in der Region zu schützen“, sagte der Senator des US-Staates Arkansas, John Boozman, der sich für die Beschaffung des israelischen Raketensystems zuvor eingesetzt hatte.

Das Iron Dome-System wurde 2011 in Betrieb genommen und dient der Abwehr von Artillerieraketen mit einer Reichweite von fünf bis 70 Kilometern. Seitdem fing es hauptsächlich Raketen ab, die aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert wurden. Angaben zufolge wehrte es inzwischen mehr als 2400 Flugkörper ab.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/03/376531_0:229:2149:1437_1440x0_80_0_0_7a071c27ad95ab52e1089edfa7b432a4.jpg

de.rt.com: **Zwei weitere französische Soldaten sterben durch Sprengsatzexplosion in Mali**
Bei einem Einsatz gegen Islamisten in dem westafrikanischen Krisenstaat Mali sind am 2. Januar erneut französische Soldaten getötet worden. Ein weiterer Armeeangehöriger wurde durch die Explosion eines Sprengsatzes verletzt. Der Vorfall ereignete sich während einer Aufklärungsfahrt.

...

Der französische Präsident Emmanuel Macron drückte am Samstag den Familien und Angehörigen der getöteten Soldaten sein Beileid aus und würdigte den Beitrag der Gefallenen im Kampf gegen den Terrorismus. Wie es in einer Erklärung des Élyséepalasts in Paris hieß, habe der Staatschef die Entschlossenheit Frankreichs im Kampf gegen den Terrorismus bekräftigt.

Bereits am 28. Dezember waren in dem westafrikanischen Krisenstaat drei französische Soldaten ums Leben gekommen. Auch dabei explodierte ein improvisierter Sprengsatz unter deren gepanzertem Fahrzeug.

Der Norden Malis war im Jahr 2012 vorübergehend in die Hände von Rebellengruppen geraten. Die frühere Kolonialmacht Frankreich griff militärisch ein. Seitdem beteiligt sich das EU-Land in Westafrika mit Tausenden von Soldaten am Einsatz gegen Islamistenmilizen. Auch die Bundeswehr ist in Mali an einem UN-Einsatz und einem Ausbildungseinsatz beteiligt. In den Staaten der Sahelzone sind etliche bewaffnete Gruppierungen aktiv. Einige haben Terrorgruppen wie dem "Islamischen Staat" oder al-Qaida die Treue geschworen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/5ff1567348fbef3415198948.JPG>

Mil-Inr.su: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

So wurde in den letzten 24 Stunden von unserer Aufklärung die Stationierung folgender Waffen der Besatzer entdeckt:

im Verantwortungsbereich der 92. Brigade – ein Schützenpanzerwagen in Wyskriwa;

im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturbrigade – ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Stschastje.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands genau ein und sind dabei in Bereitschaft, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

Trotz der Versuche der Brigadekommandeure der BFU Verbrechen ihrer Untergebenen in der Zone der Strafoperation zu verheimlichen, stellen wir neue Fälle von **Verbrechen von Kämpfern der BFU in betrunkenem Zustand** fest.

Am 2. Januar fuhr der Soldat der 14. Brigade der BFU Feldwebel Martinjuk im Gebiet von Sewerodonezk in betrunkenem Zustand mit einer Geschwindigkeit von 120

Stundenkilometern und fuhr an einem Fußgängerüberweg einen 17-jährigen örtlichen Einwohner an. In der Folge des Verkehrsunfalls starb der junge Mann, der Soldat wurde festgenommen. Zu diesem Fall läuft eine Ermittlung.

Ein weiteres Verbrechen wurde am 2. Januar von einem Soldaten der 80. Brigade der BFU Kowaltschuk begangen. Der sogenannte Luftlandesoldat erschoss in der Folge von Alkoholmissbrauch und aufgemuntert durch die Atmosphäre des vergangenen Feiertags, des Geburtstags von Bandera, seinen „Waffenbruder“ den Soldaten Aktschurin. Nach Informationen von Kämpfern der Brigade hatte Kowaltschuk eine Auseinandersetzung mit seinem Kameraden, weil er russisch sprach. In einem kurzen Augenblick ging das Wortgefecht in eine körperliche Auseinandersetzung über, bei der Kowaltschuk seine Dienstwaffe einsetzte und in betrunkenem Wut Aktschurin erschoss. Außerdem haben in den Einheiten der 80. Brigade allein am 1. Januar drei Soldaten das Territorium der Einheiten verlassen, fünf wurden von einer Patrouille in betrunkenem Zustand festgenommen.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Alkoholkonsum durch Soldaten, eigenmächtigem Verlassen des Dienstortes und geringer Disziplin hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eine Reihe außerplanmäßiger Kontrollen initiiert. Bei einer von diesen wurde gestern im 3. Bataillon der 92. Brigade entdeckt, dass sechs Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben, außerdem fehlten vier Offiziere, die Dienst hatten, weitere sieben waren stark betrunken.

Derzeit wird in Popasnaja, Nikolajewka, Soledar und Krasnopolje durch die militärischen Strukturen der Ukraine eine Fahndung nach den sechs Soldaten der 92. Brigade durchgeführt, die am 1. Januar eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils verlassen haben und Waffen und Munition mitgenommen haben.

Die Kämpfer der BFU stellen eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Bürger dar, besonders während der Neujahrsfeiertage. Wir rufen das Kommando der Besatzungskräfte auf, die Einhaltung der militärischen Disziplin durch ihre Untergebenen zu kontrollieren und die Zivilbevölkerung vor den Ausschreitungen von außer Kontrolle geratenen Kämpfern zu schützen.

snews.de: **Serbiens Präsident mehrmals „illegal abgehört“ – Innenminister kündigt Ermittlung an**

Die Strafverfolgungsbehörden und die Geheimdienste Serbiens werden die Umstände des illegalen Abhörens des Präsidenten des Landes, Aleksandar Vucic, laut dem serbischen Innenminister Aleksandar Vulin aufklären. Vulin äußerte sich am Sonntag zu dem Abhörskandal.

„Die Dienste im Innenministerium, die sich mit dem ‚Abhören‘ von Präsident Vucic befassen, werden die Wahrheit herausfinden. Präsident Vucic sagt nie etwas ohne Grund, und er sagte dies nicht zum politischen Vorteil, sondern weil es wahr ist“, so Vulin in einer Sendung des Fernsehsenders TV Prva.

Die sachverständigen Dienste hätten dem Präsidenten bestimmte Informationen bereitgestellt, denen zufolge Vucic mehrmals abgehört wurde. Laut dem Innenminister ist es noch zu früh, über die Zwecke des illegalen Abhörens zu sprechen, aber es sei klar, dass sie böswillig gewesen seien.

„Der Präsident hat die Wahrheit gesagt, und wir müssen sie bestätigen und sicherstellen, dass das nie wieder vorkommt“, unterstrich Vulin.

Zuvor hatte Vulin bekanntgegeben, dass der Präsident Serbiens bedroht sei, da er nach der Festnahme von Vertretern der montenegrinischen Mafia-Clans, deren langfristige gewalttätige Konfrontation über die Region hinausgegangen sei, „dem organisierten Verbrechen den Krieg erklärt“ habe. Serbische Strafverfolgungsbehörden haben in den letzten Jahren auch mehrere Personen festgenommen, die Vucic und dessen Familie in den sozialen Medien bedroht haben. Regierungsnahe Medien berichten regelmäßig über die „Verfolgung“ des serbischen Präsidenten und der ihm nahestehenden Menschen und Politiker durch die Opposition und die kriminelle Gemeinschaft.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/01/358560_0:0:2950:1659_1440x0_80_0_0_963d286f578f4cf26ca84ab64ce57bf0.jpg

snanews.de: **Hochrangiger US-Beamter nennt „glaubwürdigste Quelle“ des Coronavirus**

Der stellvertretende nationale Sicherheitsberater der USA, Matthew Pottinger, findet die Theorie über den möglichen Ursprung des Coronavirus aus einem chinesischen Labor nach eigener Aussage „am glaubwürdigsten“.

„Es gibt immer mehr Beweise dafür, dass das Labor wahrscheinlich die glaubwürdigste Quelle des Virus ist“, sagte Pottinger nach Angaben der britischen Zeitung „The Daily Mail“. Dabei berief er sich auf die „jüngsten Erkenntnisse des Geheimdienstes“, ohne auf konkrete Beweise einzugehen.

Der Viruserreger sei möglicherweise durch „ein Leck oder einen Unfall“ aus dem Labor entkommen, so Trumps Berater in einer Zoom-Konferenz über China, an der Parlamentarier aus verschiedenen Ländern teilgenommen haben.

Derzeit bereitet sich dem Bericht zufolge ein Expertenteam aus der WHO auf einen Flug nach Wuhan vor, um dort die Ursachen der Pandemie zu untersuchen. Dabei befürchten viele Kritiker, dass die Ergebnisse aufgrund des chinesischen Einflusses auf die Organisation nicht objektiv sein würden.

US-Präsident Donald Trump sowie US-Behörden hatten China wiederholt vorgeworfen, die Ausbreitung des Coronavirus nicht rechtzeitig eingedämmt und Fakten verheimlicht zu haben. Peking hat wiederum mehrmals erklärt, dass es eine offene und verantwortungsvolle Position in Bezug auf Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie einnehme.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/03/377315_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_d96785aa318caac02a8c92d56838f35a.jpg